

9.28

**Abgeordnete Dr. Dagmar Belakowitsch (FPÖ):** Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren vor den Bildschirmen! Was die etwas skurrile Rede meines Vorredners betrifft: Ja, die Pensionen sind gesichert, das ist schön, das ist gut, aber was Sie vergessen haben, zu sagen, ist: Seit dem Eintritt der Grünen in die Bundesregierung ist dieser Pensionsbeitragsbeitrag jährlich um viele Milliarden gestiegen. Wenn man sich die weiteren Berechnungen anschaut, sieht man, dass wir – wenn Sie so weiterwirtschaften – in wenigen Jahren 35 Milliarden Euro zuschießen müssen. Das ist natürlich der verfehlten Politik dieser Bundesregierung geschuldet, und da waren die Grünen ja dabei.

Begonnen hat das 2020 mit Ihren sinnlosen Lockdowns, in denen Sie das Land runtergefahren haben, in denen Sie nur noch Milliarden hinausgepulvert haben, in denen Sie die Leute in die Arbeitslosigkeit getrieben haben. Natürlich hat es dann keine Pensionsbeiträge gegeben, Herr Kollege Koza, und ja, klarerweise muss jetzt mehr aus dem Steuertopf zugeschossen werden. (*Zwischenruf des Abg. Koza.*) Das ist dramatisch, aber das ist dieser fehlgeleiteten Politik, die Sie geleistet haben, geschuldet.

Im Übrigen hat das auch Auswirkungen auf das Gesundheitssystem. Das hat nämlich beispielsweise dazu geführt, dass wir viel mehr Jugendliche mit psychischen Problemen haben. Etwa die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen hat heute psychische Probleme. Auch das ist Ihrer völlig sinnlosen Lockdownpolitik geschuldet gewesen. Wir haben von Anfang an davor gewarnt, Sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Bereich Pflege: Auch Pflege gehört in den Bereich Soziales, da hat Kollege Kucher heute versucht, sich sehr engagiert zu geben. – Herr Kollege Kucher, Sie wissen aber schon: Auch die Länder haben da eine gewisse Mitverantwortung. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Gewerkschaft in Kärnten sogar in einem offenen Brief an den Kärntner Landeshauptmann geschrieben hat, dass zusätzliche Hilfskräfte gebraucht werden, um das diplomierte Pflegepersonal zu

entlasten. Das wäre dringend notwendig. (Abg. **Kucher**: Bitte ... Kollegen Angerer ...!) – Vielleicht können Sie das bitte auch noch auf schnellem Weg lösen, damit zumindest in Kärnten das Pflegeproblem ein bisschen abgedeckt wird. Das wäre auch eine Möglichkeit, der man nahetreten könnte. (Beifall bei der FPÖ.)

Was ist denn in diesem Sozialtopf noch alles drinnen? – Wenn wir schon dabei sind: Das ist das natürlich auch die Sozialhilfe, und da stehen wir vor einer sehr dramatischen Situation, vor allem aufgrund der ungezügelten Zuwanderung, die wir derzeit an den Grenzen Österreichs erleben, vor allem im Burgenland, wo wir jeden Tag Tausende Flüchtlinge haben, die einfach hereinströmen, die dann alle hierbleiben; denn es braucht ja nur jemand den österreichischen Boden zu betreten, Asyl zu schreien, und dann bleibt er hier, hat ein Verfahren. Wenn das dann irgendwann abgeschlossen ist, ist er sofort in der Mindestsicherung beziehungsweise in der Sozialhilfe, wie sie seit 2018 heißt.

Das sind genau diese Probleme, Herr Bundesminister. Da tut diese Bundesregierung gar nichts, und da hätte ich mir vom Sozialminister auch einmal einen Aufschrei erwartet, denn letztlich müssen Sie das aus Ihrem Ressort stemmen. Das kostet ja alles Milliarden an Euro, das ist ja nicht umsonst! Die müssen dann alle aufgefangen werden, sie müssen alphabetisiert werden, sie werden mit der Mindestsicherung versorgt, hängen dann Jahrzehnte drinnen, und Sie als Sozialminister müssen das dann wieder leisten. Das sind Löcher, die in das Sozialbudget gerissen werden, die Sie wahrscheinlich gar nicht mehr stopfen werden können.

In dem Zusammenhang möchte ich folgenden Antrag einbringen:

### **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Zuwanderungsstopp in den österreichischen Sozialstaat jetzt – ‚Unser Geld für unsere Leute““

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere“ – Sie, Herr Minister – „der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die folgende Punkte umfasst, und zu einer Gesamtnovellierung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes 2019 führen soll:

Asylwerber und Asylanten bzw. subsidiär Schutzberechtigte sollen grundsätzlich in der Grundversorgung, - d.h. Sachleistungen, keine Geldleistungen bleiben, bis ihr Verfahren abgeschlossen und ihr Aufenthalt zu Ende ist.

Gleichzeitig soll für arbeitsfähige Personen aus diesen Personenkreisen eine Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit in ihrem Umfeld bzw. in der Infrastruktur für Asylwerber/Asylanten/Subsidiär Schutzberechtigte eingeführt werden.

Die Grundversorgung endet auch, wenn Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte in den 1. Arbeitsmarkt eintreten, was allerdings nur nach einer positiven sektoralen Arbeitsmarktprüfung erfolgen kann. Für Asylwerber kann es grundsätzlich keinen Eintritt in den Arbeitsmarkt geben.

Erwerbstätige aus dem Kreis der Asylberechtigten und subsidiär Schutzsuchenden, die nach einer sektoralen Arbeitsmarktprüfung durch das AMS im 1. Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden, müssen zusätzlich zu den regulären Steuern eine Sondersteuer von 10 Prozent ihres Einkommens entrichten. Die Sondersteuer entfällt dann, wenn sie betragsmäßig einen jährlich festzusetzenden Prozentsatz der durchschnittlichen Verfahrens-, Unterbringungs-, und Integrationskosten pro Asylwerber, Asylanten bzw. subsidiär Schutzberechtigte als Beitrag zur Finanzierung des österreichischen Sozialstaates erreicht hat.“

\*\*\*\*\*

Herr Bundesminister, Sie sprechen immer davon, dass wir Zuwanderung brauchen. Ich glaube, diese Personen, die jetzt kommen – das haben wir auch in Linz gesehen –, werden Sie in den Arbeitsmarkt **nicht** integrieren, weil die gar nicht willens sind, dass sie sich integrieren. Schauen Sie, wenn Sie glauben, dass Sie

Zuwanderung nach Österreich brauchen, dass Sie auch wirklich qualifizierte Kräfte holen, aber doch nicht jeden reinlassen, der vor unseren Türen steht, der vor unseren Grenzen steht. Das ist der Zuzug ins Sozialsystem, und den gilt es zu unterbinden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

9.33

*Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:*

### **Entschließungsantrag**

*der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm, Erwin Angerer und weiterer Abgeordneter*

*betreffend Zuwanderungsstopp in den österreichischen Sozialstaat jetzt – „Unser Geld für unsere Leute“*

*eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 11, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1669 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2023 (Bundesfinanzgesetz 2023 – BFG 2023) samt Anlagen (1787 d.B.) – UG 21 Soziales und Konsumentenschutz– in der 183. Sitzung des Nationalrats am 16. November 2022*

*Bereits seit Einführung des österreichischen Mindestsicherungssystems 2011 hat die FPÖ immer wieder vor den Auswirkungen auf unseren Sozialstaat gewarnt. Seit die österreichische Regierung Sozial- und Gesundheitsleistungen auf der ganzen Welt auslobt, kommen auch immer mehr illegale Einwanderer als Wirtschafts- und Sozialmigranten in der Hoffnung auf die soziale Hängematte in unser Land: Personen, die von den Zuwanderungsideologen und Willkommenskutschern von ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS als Arbeitsmarktreserve für die österreichische Wirtschaft ausgelobt werden, finden sich häufig – und das über Jahre und oft Jahrzehnte – in der Dauerschleife staatlicher sozialer Stützungen. Gleichzeitig kosten auch die sehr oft von Anfang an zum Scheitern verurteilten sogenannten „Integrationsmaßnahmen“ über die Jahre Milliarden Euro. Der österreichische Sozialstaat und die österreichische*

Gesellschaft sind schon längst überfordert und werden zum Opfer der Masseneinwanderung, die das Heimatrecht und die soziale und kulturelle Identität Österreichs zerstört.

Die FPÖ hat dies in den vergangenen mehr als zehn Jahren aufgezeigt, etwa 2017 durch den Antrag betreffend „Kostendämpfung bei der Zuwanderung durch Asylwerber und Asylanten im Sozialstaat Österreich“.

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A\\_02138/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_02138/index.shtml)

In weiterer Folge wurde das Zuwanderungs-Regime bei der Nationalratswahl 2017 mit deutlicher Mehrheit abgewählt und eine neue Regierung, zusammengesetzt aus FPÖ und ÖVP, hatte sich zu einem der zentralen Ziele gesetzt, sich der Zuwanderungsproblematik anzunehmen und diese final zu lösen – und das sowohl sicherheitspolitisch als auch sozial- und integrationspolitisch. Auf Betreiben der FPÖ wurde deshalb auch 2019 ein „Sozialhilfe-Grundsatzgesetz“ des Bundes verabschiedet.

Folgende Ziele wurden hier im § 1 „Sozialhilfe-Grundsatzgesetz“ formuliert:

Ziele

§ 1.

1. Leistungen der Sozialhilfe aus öffentlichen Mitteln sollen zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und zur Befriedigung des Wohnbedarfs der Bezugsberechtigten beitragen,
2. integrationspolitische und fremdenpolizeiliche Ziele berücksichtigen und
3. insbesondere die (Wieder-)Eingliederung von Bezugsberechtigten in das Erwerbsleben und die optimale Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes weitestmöglich fördern.

Seit dem Regierungsantritt der türkis-grünen Bundesregierung unter den ÖVP-Bundeskanzlern Sebastian Kurz, Dr. Alexander Schallenberg und Karl Nehammer hat

man sich davon weitestgehend entfernt und ist nicht mehr bereit, die den Wählerinnen und Wählern 2017versprochene „Wende“ in diesem Bereich auch durchzuführen. Ganz im Gegenteil, aktuell rühmt sich die grüne Klimaschutzministerin Eleonore Gewessler im Zusammenhang mit der Auszahlung des Klimabonus an Asylwerber und Häftlinge in zynischer Art und Weise sogar damit, dass es ein Entgegenkommen sei, dass es bei diesem Klimabonus als Teuerungsausgleich keine „Weltzuständigkeit“ für die Bezugsberechtigung gebe, da die Kosten ansonsten mehr als 4.000 Milliarden Euro für die österreichischen Steuerzahler betragen würden.

Aktuell stellt sich auf der Grundlage der Statistik Austria-Auswertungen vom September 2022 für das abgelaufene Jahr 2021 folgende Zusammensetzung der Sozialhilfe- und Mindestsicherungsbezieher in Österreich dar.

– Anzahl der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2017–2021, Jahressumme (Tabelle)

Bundesland	2017	2018	2019	2020	2021
Burgenland	3 941	3 296	3 055	2 753	2 610
Kärnten	6 521	7 498	7 084	6 630	5 960
Niederösterreich	28 798	25 620	24 349	22 100	18 816
Oberösterreich	22 538	20 966	18 041	16 428	12 288
Salzburg	14 387	13 390	11 947	11 197	9 638
Steiermark	27 784	25 455	22 904	22 313	21 194
Tirol	19 406	18 277	16 812	15 680	15 169
Vorarlberg	13 623	13 180	12 084	10 832	9 854
Wien	195 238	183 034	171 317	169 717	169 223
Insgesamt	332 236	310 716	287 593	277 650	264 752

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. Erstellt am 12.09.2022.

– Anzahl der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2017–2021, Jahresdurchschnitt (Tabelle)

Bundesland	2017	2018	2019	2020	2021
Burgenland	2 854	2 305	2 195	2 127	2 004
Kärnten	5 642	4 477	4 303	4 312	3 899
Niederösterreich	17 394	16 235	16 001	14 542	13 270
Oberösterreich	14 750	13 309	11 466	9 256	7 562
Salzburg	9 112	8 642	7 859	7 379	5 977
Steiermark	18 395	17 463	16 351	16 297	15 192
Tirol	13 093	12 480	11 519	10 825	10 456
Vorarlberg	8 091	7 482	6 800	6 117	5 167
Wien	150 150	142 571	135 698	136 267	135 648
Insgesamt	239 481	224 965	212 192	207 122	199 173

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. Erstellt am 12.09.2022.

– Prozentanteile von Personengruppen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2021, Jahresdurchschnitt (Tabelle)

Bundesland	Weibliche Personen	Kinder	Österreichische Staatsangehörige	Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte	Nicht Erwerbstätige	Personen mit Einkünften
Burgenland	54,2	32,8	67,0	16,6	94,1	50,4
Kärnten	51,1	31,5	54,3	34,8	98,8	39,8
Niederösterreich	55,5	39,1	56,0	31,4	92,5	41,6
Oberösterreich	55,8	36,7	53,3	33,0	93,2	61,6
Salzburg	52,4	35,2	50,9	35,3	90,7	50,1
Steiermark	46,9	42,5	48,3	36,4	90,9	49,2
Tirol	52,8	44,3	38,2	44,3	87,3	46,9
Vorarlberg	51,5		36,3	44,7		
Wien	51,1	35,1	42,7	38,9	92,7	53,9
Insgesamt	51,4	36,4	44,7	38,0	92,4	52,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. Erstellt am 12.09.2022. – Vorarlberg: teilweise fehlende Werte.

Die österreichische Mindestsicherung ist längst eine „Ausländersicherung“ geworden. Nur mehr 44,7 Prozent der Bezugsberechtigten waren 2021 österreichische Staatsbürger. Dafür ganze 38 Prozent Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte. Damit wurde die „Ausländersicherung“ zu einer „Asylantensicherung“. Durch die mangelnde Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit immer größerer Gruppen von Asylberechtigten, die aus dem Mittleren und Nahen Osten, Afrika und Asien zu

*uns nach Österreich strömen, steigen die Kosten für den Sozialstaat massiv weiter an und sind tatsächlich unfinanzierbar.*

– Höhe der Ausgaben und Leistungshöhe in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2021, in Euro (Tabelle)

Bundesland	Insgesamt (Jahressumme)	Lebensunterhalt und Wohnen (Jahressumme)	Krankenhilfe (Jahressumme)	Durchschnittliche monatliche Leistungshöhe pro Bedarfsgemeinschaft
Burgenland	9 077 270	8 445 285	631 985	605
Kärnten	16 991 672	15 892 063	1 099 609	586
Niederösterreich	56 392 437	52 346 559	4 045 877	646
Oberösterreich	31 186 809	29 496 855	1 689 954	573
Salzburg	26 117 854	24 330 747	1 787 107	597
Steiermark	69 651 613	64 930 845	4 720 768	707
Tirol	48 442 116	45 670 251	2 771 865	794
Vorarlberg	22 476 920	20 641 331	1 835 589	789
Wien	685 529 911	649 676 389	35 853 522	730
Insgesamt	965 866 601	911 430 326	54 436 275	712

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. Erstellt am 12.09.2022. – Krankenhilfe: vor allem Einbezug in die gesetzliche Krankenversicherung. – Durchschnittliche monatliche Leistungshöhe: Leistungsanspruch auf Lebensunterhalt und Wohnen. – Bedarfsgemeinschaft: Einheit für die Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe, sie kann eine oder mehrere Personen umfassen. Ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen.

– Höhe der Ausgaben für die Mindestsicherung und Sozialhilfe 2017–2021, Jahressumme in Euro (Tabelle)

Bundesland	2017	2018	2019	2020	2021
Burgenland	9 715 167	8 411 356	8 647 003	9 112 744	9 077 270
Kärnten	16 828 997	16 021 982	16 439 414	17 503 046	16 991 672
Niederösterreich	67 268 517	67 080 240	67 071 353	62 456 840	56 392 437
Oberösterreich	47 406 895	42 153 440	39 080 019	34 604 811	31 186 809
Salzburg	35 859 173	34 170 914	31 242 002	30 569 732	26 117 854
Steiermark	69 065 201	67 406 560	67 232 471	69 667 158	69 651 613
Tirol	57 525 711	53 131 159	49 040 603	47 155 967	48 442 116
Vorarlberg	35 797 986	31 315 397	27 809 368	26 052 066	22 476 920
Wien	637 963 684	621 351 891	606 578 264	662 035 229	685 529 911
Insgesamt	977 431 333	941 042 939	913 140 497	959 157 591	965 866 601

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. Erstellt am 12.09.2022. – Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs sowie Krankenhilfe (vor allem Einbezug in die gesetzliche Krankenversicherung).

*Gleichzeitig steigt die Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Bezahlung von Arbeitslosengeldern, Notstandshilfe, Ersatzzahlungen in die Pensions-, Kranken- und*



Unfallversicherung sowie Mindestsicherung für Zuwanderer, insbesondere auch für Asylwerber und Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte.

Asylwerber sowie Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte sollen grundsätzlich in der Grundversorgung – das heißt ausschließlich Sachleistungen und keine Geldleistungen – bleiben, bis ihr Verfahren abgeschlossen (Asylwerber) und ihr Aufenthalt zu Ende ist.

Gleichzeitig soll für arbeitsfähige Personen aus diesen Personenkreisen eine Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit in ihrem Umfeld bzw. in der Infrastruktur für Asylwerber/Asylberechtigte/Subsidiär Schutzberechtigte eingeführt werden – ohne Entgelt.

Die Grundversorgung endet auch, wenn Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte in den 1. Arbeitsmarkt eintreten, was allerdings nur nach einer positiven sektoralen Arbeitsmarktprüfung erfolgen kann. Für Asylwerber kann es grundsätzlich keinen Eintritt in den Arbeitsmarkt geben.

Erwerbstätige aus dem Kreis der Asylberechtigten und subsidiär Schutzsuchenden, die nach einer sektoralen Arbeitsmarktprüfung durch das AMS im 1. Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden, müssen zusätzlich zu den regulären Steuern eine Sondersteuer von zehn Prozent ihres Einkommens entrichten. Die Sondersteuer entfällt dann, wenn sie betragsmäßig einen jährlich festzusetzenden Prozentsatz der durchschnittlichen Verfahrens-, Unterbringungs-, und Integrationskosten pro Asylwerber, Asylberechtigtem bzw. subsidiär Schutzberechtigte erreicht hat.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die folgende Punkte umfasst, und zu einer Gesamtnovellierung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes 2019 führen soll:

*Asylwerber und Asylanten bzw. subsidiär Schutzberechtigte sollen grundsätzlich in der Grundversorgung, - d.h. Sachleistungen, keine Geldleistungen bleiben, bis ihr Verfahren abgeschlossen und ihr Aufenthalt zu Ende ist.*

*Gleichzeitig soll für arbeitsfähige Personen aus diesen Personenkreisen eine Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit in ihrem Umfeld bzw. in der Infrastruktur für Asylwerber/Asylanten/Subsidiär Schutzberechtigte eingeführt werden.*

*Die Grundversorgung endet auch, wenn Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte in den 1. Arbeitsmarkt eintreten, was allerdings nur nach einer positiven sektoralen Arbeitsmarktprüfung erfolgen kann. Für Asylwerber kann es grundsätzlich keinen Eintritt in den Arbeitsmarkt geben.*

*Erwerbstätige aus dem Kreis der Asylberechtigten und subsidiär Schutzsuchenden, die nach einer sektoralen Arbeitsmarktprüfung durch das AMS im 1. Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden, müssen zusätzlich zu den regulären Steuern eine Sondersteuer von 10 Prozent ihres Einkommens entrichten. Die Sondersteuer entfällt dann, wenn sie betragsmäßig einen jährlich festzusetzenden Prozentsatz der durchschnittlichen Verfahrens-, Unterbringungs-, und Integrationskosten pro Asylwerber, Asylanten bzw. subsidiär Schutzberechtigte als Beitrag zur Finanzierung des österreichischen Sozialstaates erreicht hat.*

\*\*\*\*\*

**Präsident Mag. Wolfgang Sobotka:** Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und steht somit mit in Verhandlung.

Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Hammer. – Bitte sehr.